

Kali-BI erwartet Rechtsstreit um Abbau

Initiative aus Giesen und Ahrbergen empört über aktuellen Zwischenstand des Verfahrens

Von Tarek Abu Ajamieh

Giesen/Kreis Hildesheim. Die Bürgerinitiative Giesen-Schacht rechnet mit einer gerichtlichen Auseinandersetzung um die Wiederaufnahme des Kaliabbaus samt Fabrikbau bei Giesen. Das erklärt die Gruppe in einer Stellungnahme. Hintergrund ist ein Bericht in dieser Zeitung über den aktuellen Stand des Genehmigungsverfahrens auf Grundlage eines internen Berichts aus dem niedersächsischen Wirtschaftsministerium, der dieser Zeitung vorliegt.

Darin hatte das Ministerium unter anderem dargestellt, dass das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) als Genehmigungsbehörde in wesentlichen Punkten dem Antrag des Düngemit-

tel-Konzerns Kali + Salz (K+S) folgen will – und den Wünschen der Giesener BI zu diesen Punkten wenig Chancen einräumt.

So steht in dem internen Bericht, dass eine Wiederaufnahme des Betriebs bei Giesen ohne die Erlaubnis für einen zweiten Kaliberg kaum denkbar sei. Die Transportbahn soll auf ihren bereits bestehenden Gleisen vom Schacht nach Harsum und zum Stichkanal fahren dürfen, der Entlüftungsschacht soll an seinem bisherigen Standort am Ahrberger Ortsrand bleiben. Für die BI sind das Knackpunkte, bei denen sie zum Schutz der Anlieger deutliche Änderungen gefordert hat – den Verzicht auf die zweite Halde sowie die Verlegung von Bahnstrecke und Wetterschacht.

Darauf reagiert die Bürgerinitiative – die sich ohnehin irritiert zeigt, dass derartige Informationen vor Abschluss des Verfahrens an die Öffentlichkeit gelangt sind – mit scharfen Worten: „Wird die Genehmigung auf dem aktuellen Stand erteilt, so muss davon ausgegangen werden, dass die handelnden Politiker ihre Vorgehensweise geändert haben und nicht mehr eine Genehmigung nach Recht und Ordnung anstreben.“ Für die BI steht fest: „Sie wollen dann offensichtlich die Auseinandersetzung in die Gerichte verlagern.“

Was auch so interpretiert werden kann, als plane die BI entweder selbst eine Klage oder rechne fest damit, dass Anwohner oder Umweltverbände für den Fall einer Ge-

nehmigung vor Gericht ziehen werden. „Das kann am Ende nur zu Lasten der Anwohner gehen und stellt unseres Erachtens keine verantwortungsvolle Politik mehr dar“, erklärt die BI weiter und warnt: „Mangelnde Sorgfalt kann dann dazu führen, dass das Verfahren neu aufgerollt werden muss, was zu weiteren Verzögerungen führen wird.“

Letzteres dürfte K+S noch am wenigsten stören. Der Konzern hat wie berichtet angekündigt, zwar weiter eine Abbau-Genehmigung anzustreben, aber nicht so schnell wie möglich mit der Arbeit in Giesen beginnen zu wollen. Vielmehr will das Unternehmen die Fünf-Jahres-Frist nach einer Genehmigung ausreizen und je nach Lage auf dem Weltmarkt erst später entscheiden, ob es

in Giesen tatsächlich noch einmal aktiv wird.

Einige Unruhe in Politik und Behörden dürfte die Stellungnahme der BI dennoch auslösen – allein schon wegen des Verweises auf „die handelnden Politiker“. Schließlich ist die Genehmigung des Kaliabbaus Sache des LBEG – einer Behörde, die großen Wert darauf legt, politisch unabhängig und allein aufgrund der Gesetzeslage zu entscheiden. Andererseits ist es kein Geheimnis, dass es innerhalb der Landesregierung unterschiedliche Meinungen gibt: Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD) will das Projekt, Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) will zumindest eine zweite Halde und mehr Salzeinleitung in die Innerste verhindern.